



# Interviews

**Datum: 23. April 2024**

**SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert im Gespräch mit Tobias Armbrüster**

**Tobias Armbrüster:** Wir können das besprechen mit dem Generalsekretär der SPD. Schönen guten Morgen, Kevin Kühnert.

**Kevin Kühnert:** Herr Armbrüster, guten Morgen.

**Armbrüster:** Herr Kühnert, ist die FDP für Ihre Partei noch der passende Koalitionspartner?

**Kühnert:** Wir haben eine Geschäftsgrundlage miteinander. Das ist der Koalitionsvertrag, den wir vor zweieinhalb Jahren geschlossen haben. Das ist übrigens kein Ehevertrag. Wir haben uns auch nicht geschworen, bis dass der Tod uns scheidet. Aber wir haben ein Programm für vier Jahre zusammen aufgelegt und neben dem, was manchmal auch gestritten wird miteinander oder wo wir unterschiedlicher Meinung sind, arbeiten wir eine Menge ab – sagen ja nicht nur wir, sagt ja tatsächlich auch die Forschung. Daran hat sich mit dem gestrigen Tag auch nichts geändert und deswegen bleibt das Bündnis das richtige.

**Armbrüster:** Ist das tatsächlich in dieser Angelegenheit jetzt Ihre Linie, dass Sie sagen, wir haben einen Koalitionsvertrag und darüber hinaus kann die FDP eigentlich sagen und fordern, was sie möchte?

**Kühnert:** In der Gefahr, jetzt Ihr Interview-Konzept durcheinanderzubringen, aber Bijan Djir-Sarai hat genau recht mit dem, was er eben gesagt hat über den Anspruch und das Anrecht seiner Partei, nicht nur vor Parteitag, aber insbesondere vor Parteitag eigene Vorschläge zu machen. Das ist Parlamentarische Demokratien und Parteienwettbewerb in Deutschland, dass Konzepte auch erkennbar und vernehmbar gegeneinanderstehen. Das machen wir auch. Aber natürlich will ich es jetzt nicht nur weglächeln, weil ich möchte, dass die Vorschläge, die die SPD auf Parteitag beschließt, auch ernstgenommen und diskutiert werden. Deswegen nehme ich auch ernst, was die FDP beschließt, und äußere für die SPD

auch dort klar und deutlich Widerspruch, wo ich die Analyse für falsch halte, weil eine Wirklichkeit in unserer Gesellschaft beschrieben wird, die den Tatsachen im Land einfach nicht widerspricht, und das betrifft ein paar Punkte in diesem Papier.

**Armbrüster:** Was ist denn falsch an der FDP-Analyse, dass wirtschaftlich in diesem Land so vieles fälschläuft und dass es deshalb eine Wende braucht?

**Kühnert:** Mich irritiert an der Analyse der FDP, dass die strukturellen Voraussetzungen, die auf uns wirken, der Krieg in unserer europäischen Nachbarschaft, die Energiepreiskrise und anderes mehr, eher am Rande oder gar nicht vorkommen, dass aber die Beschäftigten, die Menschen in Deutschland sehr stark im Mittelpunkt stehen und doch einiges abbekommen. Im Prinzip sagt das Papier ja, die Beschäftigten in Deutschland würden zu wenig arbeiten, zu früh in Rente gehen, und alles in allem würden die Menschen in Deutschland zu viele Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Das finde ich doch einen sehr pauschalen Vorwurf. Und wenn man in die Details reinschaut, dann stimmt auch einfach manches nicht. Die Forderung, dass Deutschland mit Überstunden aus der Krise kommen müsste, was der Finanzminister auch immer wieder erwähnt hat – die CDU fordert das übrigens auch -, dem steht ja eine Masse von Hunderten Millionen geleisteter Überstunden, die nicht vergütet werden, heute in Deutschland gegenüber. Wenn man den Vorschlag ernst meinen würde, dann müsste man sich A mal für eine anständige Erfassung von Arbeitszeiten einsetzen – findet die FDP, ist Bürokratie – und zweitens für eine Vergütung dieser Überstunden. Dann könnte man glaubwürdig argumentieren, dass hier was im Argen liegt.

**Armbrüster:** Die FDP sagt, sie will die Menschen vor allem motivieren und Anreize schaffen, und beschreibt das gar nicht so negativ wie Sie.

**Kühnert:** Ja! Aber wir müssen uns am Ende an dem orientieren, was Menschen real im Land erleben, und wenn Sie jetzt einen Paketboten fragen, wie der das mit seinen Arbeitszeiten bislang in Deutschland erlebt, der kann nämlich nicht dann Schluss machen, wenn die Schicht vorbei ist, sondern dann, wenn das letzte Paket ausgefahren worden ist, und im Zweifel wird er nicht mehr bezahlt für die Zeit, die er dafür aufbringen muss. Dann sind das Leute, die, glaube ich, maximal noch zynisch auf das schauen, was hier in Kreisen der FDP diskutiert wird. Deswegen markieren wir das als ein Problem und widersprechen da auch ganz klar. Es gibt aber auch Punkte in dem Papier, rund um Bürokratieabbau beispielsweise, da sind wir gemeinsam dran in der Ampel und das halten wir auch für ein probates Mittel, was für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu tun. Nur ist für die SPD die Linie dort, wo Bürokratieabbau behauptet wird und das sich bei näherer Betrachtung entweder um den Abbau

von Arbeitnehmerschutzrechten, oder um Steuersenkungen für reiche Leute handelt, die ja mit der vollständigen Soli-Abschaffung auch vorgeschlagen sind.

**Armbrüster:** Herr Kühnert, die FDP sagt jetzt, für sie sind diese Vorschläge unabdingbar dafür, dass sich in der Wirtschaftspolitik und generell an den wirtschaftlichen Zuständen in Deutschland etwas ändert, dass Deutschland rauskommt aus dieser Rolle als Schlusslicht im Verein der Industrienationen. Was bedeutet das alles jetzt für Ihre anstehenden oder schon stattfindenden Beratungen zum Haushalt 2025? Das haben Sie ja alles noch vor sich. Wie wollen Sie das hinkriegen mit einer FDP, die solche Forderungen stellt?

**Kühnert:** Da sind ja erst mal ein paar Forderungen drin, die jetzt gar nicht unbedingt in den Haushalt reinmüssten, die zum Beispiel rechtliche Änderungen mit sich brächten. Das muss gar nicht in den Haushaltsverhandlungen behandelt werden.

**Armbrüster:** Na ja! Christian Lindner hat ja schon gesagt, diese Vorschläge bitte ernstnehmen auch für die Haushaltsberatungen in den kommenden Monaten.

**Kühnert:** Genau und andere Parteien haben auch Vorschläge für die Haushaltsberatungen und so werden wir es weiter miteinander besprechen. Es ist doch klar: Wir haben erneut ein großes Loch, was erst mal noch gestopft werden muss, für den Haushalt 2025. Das ist allgemein bekannt. Das wissen auch alle, dass SPD und Grüne haushaltspolitisch gerne den Empfehlungen folgen würden, die IWF und viele Institute uns auch geben, nämlich die Investitionsfähigkeit des Staates zu stärken, die öffentliche Infrastruktur zu stärken – übrigens etwas, was auch vielen Unternehmen gerade im industriellen, im energieintensiven Sektor nutzen würde. Da bewegt sich die FDP bisher noch nicht so viel. Wir müssen mal gucken, ob wir in den Gesprächen uns aufeinander zubewegen können. Aber wir haben ja tatsächlich auch eine Menge gemacht. Wir haben schon Bürokratieabbaupakete in erheblichem Umfang auf den Weg gebracht. Wir haben Abschreibungsmöglichkeiten nicht nur, aber auch im Gebäudesektor beispielsweise verbessert und anderes mehr. Wir haben uns gerade auf ein Solarpaket einigen können in der Regierung. Ich rate dazu, bei aller Profilierung, die dazugehört im Wettbewerb, nicht zu vergessen, was man tatsächlich auch schon geschafft hat, und ich möchte auch noch mal unterstreichen, was der Bundeskanzler zur Eröffnung der Hannover-Messe kürzlich gesagt hat. Die Hälfte der Wirtschaft ist ja nach landläufiger Auffassung auch Psychologie. Und wenn wir alle, von Opposition bis in die Regierung, uns am grundlegenden Schlechtreden des Standorts beteiligen, dann müssen wir uns über das schlechte Konsumklima bei gleichzeitig zweistelligen Prozentzahlen an Sparquoten in Deutschland irgendwie auch nicht wundern.

**Armbrüster:** Sie reden vom Schlechttreden des Standorts Deutschland. Könnte es sein, dass die FDP, auch diese Ampel-Koalition schlechttredet?

**Kühnert:** Das ändert sich von Tag zu Tag, ehrlich gesagt, immer so ein bisschen, wenn ich da in die Wortmeldungen Reinhöre. Ich höre den Fraktionsvorsitzenden Christian Dürr, der sagt, die Ampel hält auf jeden Fall zu 100 Prozent bis zum Schluss, was übrigens auch meine Überzeugung ist und was auch vernünftig wäre. Wer in Verantwortung geht in der Regierung, der sollte auch den inneren Anspruch an sich selbst haben, die Sache ordentlich zu Ende zu bringen. Und dann hört man manchmal auch manch andere Äußerungen, wo man sich fragt, wie die jetzt eigentlich zu verstehen sind. Aber ich will die FDP auch nicht psychologisieren. Da müssen Sie sie im Zweifel selbst fragen. Bislang ist die Zusammenarbeit bei allen Schwierigkeiten – und von denen haben wir reichlich – grundsätzlich gut und verlässlich miteinander und ich gehe davon aus, dass das auch im nächsten weiteren Jahr so weitergeht.

**Armbrüster:** Ich frage mich allerdings immer noch: Wie kann das für weitere anderthalb Jahre zusammenpassen, Ihre Partei mit ihren Forderungen und die FDP, die so sehr auf ihrem Wirtschaftskurs beharrt, dass sie dieses Zwölf-Punkte-Papier so öffentlich macht und vor allen Dingen so publikumswirksam platziert?

**Kühnert:** Ich möchte auf einen Umstand hinweisen, der weniger mit der Ampel, sondern mehr mit unserer Gesellschaft zu tun hat, und will das jetzt auch nicht als Zurückweisen unserer Verantwortung verstanden wissen. Wir haben grundlegende unterschiedliche Auffassungen in unserer Gesellschaft über die Frage, wie die nächsten Jahre weitergehen sollen: wirtschaftlich, gesellschaftlich, auf dem Arbeitsmarkt, Umgang mit Klimawandel und anderem mehr. Das markiert sich im Parlament und unter den Parteien, auch an den klassischen Lagern links und rechts der Mitte. Wir haben eine politische Situation seit Jahren und es spricht nicht viel dafür, dass es sich bald ändert, in der keines dieser demokratischen Lager links und rechts der Mitte eine eigene Mehrheit hat. Die Ampel ist ein solches lagerübergreifendes Bündnis.

Man könnte ein anderes schließen, eine Große Koalition, eine Jamaika-Koalition, Deutschland-Koalition, was auch immer. Das Strukturmerkmal wäre immer das gleiche: eine lagerübergreifende Koalition, in der über ökonomische und soziale Fragen des künftigen Zusammenlebens sehr grundlegend verhandelt werden müsste. Deswegen glaube ich nicht an die Illusion, dass alles besser wäre, weder für die einzelnen Parteien, noch für das Land, wenn man nur die Koalition wechselte. Ich war Zeitzeuge der letzten Großen Koalition; es war nicht schöner, ganz im Gegenteil.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*